

Objektyp: **Advertising**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung**

Band (Jahr): **68 (1993)**

Heft 12

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Pro Libertate Mitteilungen

für Freiheit · Demokratie · Menschenwürde

Postfach, 3000 Bern 11, Postkonto 30-26847-0

«Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» Die armeefeindliche Initiative der SPS

Die «Halbierung der Rüstungsausgaben in fünf Jahren» hat die Schwächung der Landesverteidigung zum Ziel. Als Garnitur dient – wie 1989 – «mehr Friedenspolitik». Nun hat der Souverän bekanntlich vor vier Jahren die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik» mit grossem Mehr abgelehnt. Die SPS erweist sich als undemokratisch, wenn sie nun «mehr Friedenspolitik» fordert.

Die Schweizerische Armee dient der Bewahrung des Friedens im Lande, sei es, dass sie fremde Mächte vor kriegerischem Vorgehen gegen die Schweiz abhält (dissuadiert), sei es, dass sie im Innern zur Handhabung von Ruhe und Ordnung beiträgt (Art. 195 MO). *Wer die Militärausgaben kürzt, schwächt die Friedenssicherung und damit jede Friedenspolitik.*

Eidgenössische Volksinitiative «für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik»

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Übergangsbestimmungen Art. 20 (neu)

1 Der Bund kürzt die Kredite für die Landesverteidigung jährlich um mindestens zehn Prozent gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung auf mindestens die Hälfte der Rechnung des Jahres vor der ersten Kürzung reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.

2 Mindestens je ein Drittel der dadurch eingesparten Beträge wird eingesetzt für:
a zusätzliche internationale Friedenspolitik (Schutz der Lebensgrundlagen, Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktverhütung) und
b zusätzliche soziale Sicherheit im Inland.

3 Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zivile Güter und Dienstleistungen. Er ergreift Massnahmen insbesondere zugunsten:

a der vom Abrüstungsprozess betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
b der vom Abrüstungsprozess betroffenen Regionen.

4 Der Bund fördert und unterstützt schweizerische, europäische und weltweite Institutionen und Bemühungen für Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit.

Über die von der SPS eingereichten Initiativen ist der Souverän frühzeitig aufzuklären: «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» und «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik».

Es dürfte anschliessend nicht schwerfallen, die unzeitgemässen Begehren in der Abstimmung zu Fall zu bringen.

Der zu äfnende **Fonds Landesverteidigung** versetzt PRO LIBERTATE in die Lage, im Sinn ihrer Mitglieder und Gönner im richtigen Moment zu handeln!

Für Ihre Spende danken wir Ihnen im voraus bestens: Postkonto 30-26847-0.

Herbstsession 1993 der Eidgenössischen Räte: Die Armeeschaffer im Parlament

Nach dem für die Armeeschaffer enttäuschenden Ausgang der Abstimmungen vom 6. Juni versuchen nun ihre Vertreter im Parlament – ohne Erfolg – mit Nichteintretensanträgen Kredite über Bord zu kippen.

In der Herbstsession genehmigte der Nationalrat das *militärische Bauprogramm* mit 119 zu 4 Stimmen. Wenn in einem der Departemente gespart wird, ist es nach wie vor das EMD. Von bürgerlicher Seite wurde indessen vermerkt, dass der Nachholbedarf immer grösser wird, wenn man ständig auf Sparflamme kocht. Das blauäugige Votum des Grünen Meier (Mitglied der Sicherheitskommission!), er sei froh, dass statt in Kanonen nun in Arbeitsplätze investiert wird, lässt die Frage offen, ob dieses Ratsmitglied gemerkt hat, dass Kriege nicht mehr mit Hellebarden und Morgensternen geführt werden.

Das *Rüstungsprogramm* 1993/94 – knapp zwei Milliarden Franken – enthält als grössere Posten den Radschützenpanzer PIRANHA für die Infanterie, den Militärlieferwagen DURO und das neue Festungsgeschütz BISON, dazu eine erste Tranche von Ausgangsuniformen.

Dem mit 127 zu 16 Stimmen gefassten Beschaffungsbeschluss ging eine Debatte voran, in deren Verlauf sich u.a. die Damen Haering Binder und Hollenstein (SPS resp. Grüne, beide Mitglieder der Sicherheitskommission) für die schrittweise Entwaffnung der Schweiz starkmachten – unbelastet offenbar durch andere als pazifistische Überlegungen. Ihnen – wie auch dem LdU/EVP-Vertreter Weder – ist das Ergebnis der Abstimmung vom 6. Juni anscheinend schon entfallen.

Darf man annehmen, dass sie ihre privaten Versicherungen bereits im gleichen Ausmass wie das EMD-Budget reduziert haben? Den Voten dieser Unsicherheitsfaktoren in der Sicherheitskommission blieb der Erfolg versagt.

Wirtschaftliche und soziale Sicherheit lässt sich ohne militärische Sicherheit nicht verwirklichen.

BR Kaspar Villiger

Die Armee im Einsatz. Brig, 7. Oktober 1993

«*Das die Räumungsarbeiten so gut vorangekommen sind, ist nicht zuletzt auch ein Verdienst des Militärs. Um die 650 Wehrmänner der Luftschutz-Rekrutenschule Genf/Wangen sowie WK-Soldaten des »Emmentaler« Regiments 15 stehen seit mehr als zehn Tagen pausenlos im Einsatz. Die Truppen wurden am Donnerstag abgelöst und durch frische Kräfte ersetzt. Am Mittwoch liess sich Bundesrat Villiger bei einem Truppenbesuch über die geleistete Arbeit ins Bild setzen und zeigte sich mit Recht höchst befriedigt» (NZZ 8. Okt. 1993).*

Ob das Fernsehen, das sonst bei jedem Demonstrationen dabei ist, diese wirksame Hilfe unserer Armee ebenfalls in aller Ausführlichkeit würdigte, entzieht sich mangels Empfangsgerät meiner Kenntnis.



Wer sich durchsetzen und leben will, darf, als Nation, niemals fragen, ob er sich wehren darf und ob sich das Sich-Wehren rentiert.

Prof. F. Marbach
(in: Schriftenreihe des SMUV Nr. 11,
Bern 1961)

Ich/wir trete(n) der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE bei

als Aktivmitglied Jahresbeitrag Fr. 40.–
 als Ehepaar Fr. 60.–
 als Gönner mit einem jährlichen Beitrag nach freiem Ermessen, jedoch mindestens Fr. 50.–

S Sdt 93

Mitglieder und Gönner erhalten regelmässig unsere Publikationen.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ./Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Kopieren oder ausschneiden.
Adresse: PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11